GEMEINDE NETTERSHEIM
DER BÜRGERMEISTER
FB 2.3 - Brei.

| **Vorlage 249 /XII.L.** | |
|---|---|
| Datum: | 04.11.2026 |

An den

| | | |
|---|---|---|
| Entwicklungs-, Planungs- und Bauausschuss | **Sitzungstag:** | 10.11.2026 |
| Ausschuss für Schule, Familie, Jugend, Soziales und Sport | **Sitzungstag:** | 24.11.2026 |
| Haupt- und Finanzausschuss | **Sitzungstag:** | 08.12.2026 |
| Gemeinderat | **Sitzungstag:** | 15.12.2026 |

zur Beratung in **öffentlicher** Sitzung

---

**Bezeichnung des Tagesordnungspunktes:**

**Sozial- und Flüchtlingssituation**

---

☐ Die Vorlage berührt nicht den Etat des lfd. Haushaltsjahres.

☒ Die Vorlage berührt den Etat auf der Ertrags- und/oder Einzahlungsseite.

☒ Die Vorlage berührt den Etat auf der Aufwands- und /oder Auszahlungsseite

☒ Mittel stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung.

☐ Mittel sollen über-/außerplanmäßig bereitgestellt werden

Deckungsvorschlag:

☐ Es entstehen Folgekosten – siehe anliegende Folgekostenberechnung.

Anlagen: ☐ Ja
☐ Nein

**Beschlussvorschlag:**

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen der Vorlage zustimmend zur Kenntnis. Er beauftragt und ermächtigt den Bürgermeister, im Rahmen der geltenden rechtlichen Bestimmungen alle notwendigen Maßnahmen aufrechtzuerhalten und zu treffen, um die Unterbringung, Betreuung und Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen bestmöglich sicherzustellen.

Gleichzeitig erteilt er Bürgermeister und Verwaltung den Auftrag, sich nach wie vor nachdrücklich für eine Optimierung der Verteilungssystematik und dafür einzusetzen, dass Überforderungssituationen zu Lasten der Kommune(n) und letztlich zu Ungunsten der betroffenen schutzsuchenden Menschen möglichst vermieden werden.

# Begründung:

## Flüchtlingssituation:

### Der Status Quo

Zurzeit leben in unserer Gemeinde

| … zugewiesene geflüchtete Personen insgesamt | davon in unseren kommunalen Unterkünften *) | davon in privaten Quartieren |
|---|---|---|
| **144** | **98** | **46** |

*) In den kommunalen Unterkünften bestehen derzeit noch Restkapazitäten von höchstens 13 Plätzen.

Die Zahlen sind gegenüber dem letzten Bericht beinahe unverändert.

In unseren kommunalen Unterkünften leben derzeit

| … insgesamt | davon in familiären Wohnverbünden | davon als Einzelpersonen |
|---|---|---|
| **98** | **54** | **44** |

Menschen.

Sie gliedern sich auf in

| … Frauen | … Männer | … Kinder |
|---|---|---|
| **21** | **51** | **26** |

Auch diese Strukturen haben sich seit dem letzten Bericht nicht wesentlich verändert.

Von den Menschen in den kommunalen Unterkünften beziehen (auch aufstockend neben Erwerbstätigkeit) …

| … Leistungen nach AsylbLG von der Gemeinde | … Leistungen nach SGB II vom Jobcenter | … Leistungen nach SGB XII vom Kreis EU | … Wohngeld | … keine Sozialleistungen mehr |
|---|---|---|---|---|
| **39** | **52** | **7** | **0** | **0** |

Für die Personen, die außerhalb der gemeindlichen Unterkünfte leben, liegen dem Sozialamt keine Zahlen zum Sozialleistungsbezug vor. Jedenfalls erhält niemand aus diesem Personenkreis Sozialleistungen von der Gemeinde nach dem AsylbLG.

## Die Zuweisungsprognose 2026 bis 2030

Nach den aktuellen Berechnungen der Bezirksregierung Arnsberg hat die Gemeinde derzeit folgende Aufnahmeverpflichtung:

| Asylbewerber*innen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) NRW | Anerkannte Flüchtlinge mit Wohnsitzauflage nach dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG) | Gesamtzahl |
|---|---|---|
| **84** | **89** | **173** |

In diesen amtlichen Angaben der Bezirksregierung Arnsberg sind alle Zuweisungen enthalten, die bis zum 31. Oktober 2026 verfügt worden sind.

Nach einer sehr vorsichtigen Prognose im Zuge der aktualisierten Haushaltsplanungen wird mit folgender Verteilung der zu erwartenden Zuweisungen auf die Folgejahre gerechnet:

| Jahr | Personen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) NRW | Anerkannte Flüchtlinge mit Wohnsitzauflage nach dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG) | Gesamtzahl |
|---|---|---|---|
| 2026 (Rest) | 22 | 1 | 23 |
| 2027 | 30 | 20 | 50 |
| 2028 | 20 | 23 | 43 |
| 2029 | 12 | 23 | 35 |
| 2030 | 0 | 22 | 22 |
| | **84** | **89** | **173** |

Mehrfach wurde in der Vergangenheit beschrieben, dass plötzliche Veränderungen in der weltpolitischen Lage, militärische oder ethnische Konflikte sowie Katastrophen sich in signifikanter Weise auf die Entwicklung der tatsächlichen Verläufe auswirken können.

## Fehlende Unterbringungsplätze bis Ende 2030

Die Akquise und Herrichtung zusätzlicher Unterbringungsplätze bleibt eine

vorrangige gesamtgesellschaftliche Aufgabe, weil aufgrund der vorstehenden Zuweisungsprognose, neben den derzeit noch freien 13 Plätzen, in den nächsten Jahren voraussichtlich folgende Kapazitäten fehlen werden:

| | |
|---|---|
| **Ende 2026** | 10 |
| **2027** | 60 |
| **2028** | 104 |
| **2029** | 138 |
| **2030** | 160 |

Die Herausforderungen, die sich aus der Erfüllung dieser gesetzlichen Pflichtaufgabe ergeben, vollziehen sich bedauerlicherweise vor dem Hintergrund eines nahezu „leegefegten" Wohnungsmarkts und einer allgemein höchst angespannten Haushaltslage auf allen beteiligten Ebenen, vor allem aber auch auf der Ebene unserer Gemeinde!
Ein zeitlich stark verdichtetes Controlling durch das zuständige Fachteam soll zumindest weiterhin sicherstellen, dass ausreichende Unterbringungskapazitäten verfügbar gemacht werden, im Haushalt Erträge und Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen im Soll bleiben und Abweichungen zeitnah erkannt, analysiert und pariert werden können.
Das gewohnte Berichtswesen an den Gemeinderat wird weiterhin fortgeführt, sodass das Gremium jederzeit an den Entwicklungen teilhaben und ebenfalls angemessen reagieren kann.

**Zuweisungssystematik noch zeitgemäß?**

Die Aufnahme, Unterbringung Versorgung und Betreuung geflüchteter Menschen ist gesetzliche Pflichtaufgabe, der sich die Gemeinde nicht entziehen kann. Auch die Zahl der Zuweisungen richtet sich nach festen gesetzlichen Regeln und ist daher nicht zu beeinflussen. Schon mehrfach wurde im Rahmen der politischen Beratungen vor Ort, aber auch gegenüber den zuständigen Landesbehörden bis hin zum verantwortlichen Ministerium darauf hingewiesen, dass die Berechnungsparameter zur Ermittlung der Zuweisungsquoten (Einwohnerzahl und Gebietsfläche) zu überdenken und ggf. mit anderen strukturellen Größen zu veredeln sind (Schüleransatz, Arbeitslosenansatz, Infrastrukturansatz, Steuerkraft usw.), bislang leider ohne Erfolg. Dieser gedankliche Ansatz gewinnt angesichts der drohenden logistischen Überforderung und der sehr schwierigen Haushaltslage der Kommunen zurzeit deutlich an Bedeutung.

**Zielgruppe „Asylsuchende"**

Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sind Leistungsberechtigte, von der Gemeinde

- mit Geldleistungen zum Lebensunterhalt nach §§ 2 bis 3a https://www.bmas.de/DE/Soziales/Sozialhilfe/LeistungenAsylbewerberleistungsgesetz/leistungssaetze-asylbewerberleistungsgesetz-art.html
- mit Krankenhilfe nach § 4
- mit gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten nach § 5 und
- mit sonstigen persönlichen Bedarfen nach § 6

zu versorgen.

Der Gesamtbetrag dieser Sozialleistungen wird sich im laufenden Jahr 2026 voraussichtlich auf insgesamt ca. 289.600 Euro belaufen.
Außerdem ist diesem Personenkreis ein Unterkunftsplatz als Sachleistung ohne Gebührenpflicht zu stellen.
Ob die Auszahlung der unmittelbaren Sozialleistungen weiterhin als Barscheck oder als Überweisung erfolgt oder künftig vielmehr über eine Bezahlkarte, soll dem Gemeinderat im ersten Halbjahr 2027 zur Entscheidung angetragen werden.
Nach dem FlüAG NRW obliegt der Gemeinde weiterhin die Pflicht der Betreuung und Integration dieser Menschen, wobei sie bei dieser Aufgabe durch das, beim Kreis Euskirchen installierte und aktuell durch das Deutsche Rote Kreuz in dessen Auftrag betriebene Kommunale Integrationsmanagement („KIM") aktiv unterstützt wird. Seit September 2026 finden einmal im Monat auch Beratungsangebote in unserem Rathaus statt.
Zu den Leistungen an Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Verfahren erhält die Gemeinde vom Land fest definierte Pauschalzuweisungen (nach FlüAG NRW derzeit rund 1.013 Euro monatlich pro Kopf, für abgelehnte, geduldete Personen bis zu ihrer möglichen Rückführung in die Heimat lediglich noch einmalig 12.000 Euro), die im Haushalt unter der Position 44 810 00 / 31 31 10 in diesem Jahr mit voraussichtlich 634.000 Euro erwartet werden.
Für Sachkosten der Unterhaltung und Bewirtschaftung der Unterkünfte, Sachkosten der laufenden Verwaltung und vor allem Personalkosten (einschließlich „Overhead" und „Querschnittverwaltung") der Leistungsabteilung und des Gebäudemanagements bleiben somit in diesem Jahr noch rund 344.400 Euro, die soeben noch kostendeckend sind. Die Auskömmlichkeit ist jedoch jährlich risikobehaftet, da unvorhergesehene Faktoren (eskalierende Krankenhilfekosten, Schäden an Gebäuden und/oder Einrichtungen) sehr schnell zu Unterdeckungen führen können, die auch in diesem Bereich nicht durch Gebührenanpassungen aufgefangen werden können, weil dieser Personenkreis – wie bereits geschildert – nicht gebührenpflichtig für die Gewährung von Unterkunft ist.

**Anerkannte Flüchtlinge mit Wohnsitzauflage**

Dieser Personengruppe hat die Gemeinde lediglich, gegen Gebühren (zurzeit Einzelwohnplatz 268,80 Euro zuzüglich 30,60 Euro Stromkosten im Monat), für die Geltung der Wohnsitzauflage Obdach in einer Gemeinschaftsunterkunft zu gewähren. Das erwartete Gebührenaufkommen ist in diesem Jahr mit einer Gesamtsumme von rund 188.000 Euro nach wie vor auskömmlich, wobei auch hieraus natürlich alle anteiligen Sach- und Personalkosten der zugewiesenen Wohnplätze zu bestreiten sind. Zeitig im Jahr 2027 werden mit der Beratung des Haushaltsentwurfs auch eine Überprüfung und ggf., soweit dann erforderlich, eine Anpassung der Gebührenstruktur vorgenommen werden.
Sozialleistungen, sofern ein Rechtsanspruch besteht, werden diesen Personen in der Regel vom zuständigen Jobcenter (SGB II) oder vom Kreissozialamt (SGB XII) gewährt (https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/nullrunde-buergergeld-2383676).
Gleichwohl wird von der Gemeinde auch in diesen Fällen eine gewisse Unterstützung bei der Alltagsbewältigung und Integration erwartet.

In der Regel besteht die Wohnsitzauflage für drei Jahre nach dem Tag der Zuweisung (Ausnahme: Menschen aus der Ukraine genießen derzeit noch von Anbeginn Freizügigkeit im gesamten Bundesland NRW nach entsprechender Abstimmung mit der örtlichen Ausländerbehörde).

**„Fehlbeleger" – ein ernstes flächendeckendes Problem**

Menschen in den kommunalen Gemeinschaftsunterkünften, für die keine Wohnsitzauflage (mehr) besteht, finden beim höchst angespannten Wohnungsmarkt in ganz Deutschland und auch in unserer Gemeinde kaum Wohnungen. Das gilt leider auch für Familien mit Kindern und für gut integrierte, sprachgewandte und erwerbstätige Menschen.
Das ist nicht nur ein nachvollziehbares „Frustrationserlebnis" für die Betroffenen, als „unschuldig Obdachlose" blockieren sie natürlich auch Wohnplätze, die kommunal dringend für Neuzuweisungen benötigt würden.
Hier liegt eine vorrangige gesamtgesellschaftliche Aufgabe, diesen Menschen gleichberechtigt freien Wohnraum anzubieten, vor allem aber auch eine politische Aufgabe auf allen Ebenen, den Wohnungsmarkt wirksam anzukurbeln und vor allem die Schaffung von sozialem Wohnraum nachhaltig zu beleben.

**Schaffung und Erhaltung gesunder und hygienischer Lebensverhältnisse in den Gemeinschaftsunterkünften**

Verschiedene Gesetze und Verordnungen aus dem Recht des Gesundheitswesens, der Ordnungsbehörden und des Sozialrechts weisen diese Aufgabe unmissverständlich und unausweichlich der Gemeinde zu.
Die Mindestgröße eines individuellen Wohnplatzes (ohne Gemeinschaftsräume, Küche, Bad und Flure) soll nach allgemeiner fachlicher und rechtlicher Einordnung 6 m² pro Person betragen. Bereits in der „hohen Flüchtlingskrise" 2015 / 2016 hat sich gezeigt, dass diese (seinerzeit gleichwohl unvermeidbare) Flächendimensionierung beinahe flächendeckend zu erheblichen sozialen Spannungen geführt hatte, sodass – auch angesichts sich einer wieder zuspitzenden Zuweisungsdichte – weiterhin angestrebt werden sollte, eine individuelle Fläche für den persönlichen Rückzug von mindestens 9 m² zu gewähren, so wie dies angesichts der damaligen Erfahrungen in unserer Gemeinde entwickelt wurde und sich seither bewährt hat.
Auch wenn den Bewohnerinnen und Bewohnern im Rahmen der Selbstverantwortung Reinigungs- und Organisationsaufgaben in den Unterkünften eigenverantwortlich obliegen, so ändert dies in letzter Konsequenz nichts an der übergeordneten Gesamtverantwortung der Gemeinde.
Dies setzt zwingend regelmäßige Kontrollen in den Unterkünften und auch „pädagogische Einwirkungsversuche" voraus, eine durchaus personalintensive Arbeit im Interesse der Bewohner, aber auch im Sinne der Erhaltung von Gebäuden und Einrichtungen sowie der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens mit der angrenzenden Nachbarschaft und Ortsbevölkerung.
Werden Sanktionsmaßnahmen unumgänglich, so sind solche aufgrund des Sozialhilfebezugs und der Unterbringungsverpflichtung als Sachleistung zumindest bei der Personengruppe nach AsylbLG nur selten wirkungsvoll umzusetzen.

Außerdem binden solche verwaltungsmäßigen Sanktionen zusätzliche Personalkapazitäten und führen nicht selten zu Rechtsstreitverfahren.
Ähnlich wie in den Jahren 2015 und 2016, so waren auch in den letzten 12 Monaten wieder verstärkt soziale Spannungen zu schlichten, drogenabhängige Personen zu betreuen und zu regelgerechtem sozialem Verhalten in der Wohngemeinschaft anzuhalten. Auch gezielte oder fahrlässige Sachbeschädigungen, bei denen die verursachende Person nur selten zu ermitteln und zu sanktionieren waren bzw. sind, haben leider wieder zugenommen.
Bei allem „Ungemach" zahlt sich die nach wie vor sehr gute und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Polizei und mit begleitenden Sozialverbänden immer wieder positiv aus.
Es gilt, nicht nur, weil dies gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, vor allem Kinder, Jugendliche und Frauen vor Übergriffen oder schädlichen Einflüssen zu schützen.
Diese Aufgabe jedoch bindet zunehmend personelle Ressourcen, ein sehr schwieriger „Spagat" in einer Zeit angespannter Finanzen.
Der berechtigten Forderung der Gesundheitsaufsicht beim Kreis Euskirchen, die in regelmäßigen (etwa drei bis fünfjährigen) Abständen Gesundheits- und Hygienekontrollen in den Unterkünften durchführt (das wird wohl 2027 wieder der Fall sein), für jede Unterkunft einen individuellen Hygieneplan nach Infektionsschutzgesetz zu erstellen, in Kraft zu setzen und fortzuschreiben, wird bis zur nächsten anstehenden Kontrolle im kommenden Jahr umfassend entsprochen werden. Diese Pläne sind aktuell bereits in Arbeit. Eine Harmonisierung mit der Hausordnung und der Einrichtungssatzung ist schon deshalb vorgesehen, um bei Verstößen ordnungsrechtlich und ggf. auch ordnungswidrigkeitenrechtlich gezielter eingreifen zu können.

**Leistungsspektrum und Kosten des Personals im Asylbereich**

Beim Team 2.3 sind folgende Schwerpunktaufgaben angesiedelt:

- Berichts- und Vorlagewesen (Aufsichtsbehörden, externe Abrechnungsstellen, Statistik, Gemeinderat, Bürgermeister etc.)
- regelmäßiger interkommunaler Austausch zu Fragen der Flüchtlingsverwaltung
- Haushaltsplanung und Mitwirkung bei der Vorbereitung des Jahresabschlusses sowie Gebührenbedarfsberechnung und Finanzcontrolling im Budget (Teilproduktbereich)
- Planung und Organisation der Unterbringungslogistik einschließlich Mitwirkung bei der Akquise neuer Unterkünfte
- stetige Abstimmung mit der Ausländerbehörde und anderen Sozialleistungsträgern bei Veränderungen im Aufenthaltsstatus oder bei Rechtskreiswechseln einschließlich der unmittelbaren Umsetzung der Rechtsfolgen
- Beschwerdemanagement in den Gemeinschaftsunterkünften
- gemeinsame Koordination der baulichen, betrieblichen und energetischen Bewirtschaftung der Gemeinschaftsunterkünfte) mit dem hausinternen Zentralen Gebäudemanagement

- Planung, Beschaffung und Verwaltung des Bedarfs an Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen für die Gemeinschaftsunterkünfte
- Begleitung und Betreuung der geflüchteten Menschen auf ihrem Weg zu einer gelingenden Integration bzw. (vor allem von Familien oder Frauen mit Kindern) in besonderen (zum Teil schwierigen) Lebenslagen
- Leistungsverwaltung nach Maßgabe des Asylbewerberleistungsgesetzes
- Festsetzung und Erhebung der satzungsgemäßen Unterkunftsgebühren von den anerkannten Flüchtlingen mit Wohnsitzauflage
- enge Zusammenarbeit mit den ordnungsrechtlichen Vollzugsbehörden bei der Verhütung, Erkennung und ggf. Ahndung von Ordnungswidrigkeiten und/oder strafbaren Handlungen
- Bewerbung, Unterstützung und Anleitung des bereiten Ehrenamts
- Öffentlichkeitsarbeit

Welche Stellenanteile zur Erfüllung dieser Aufgaben bestanden haben/bestehen und welche Personalkosten im Asylbereich (Kostenstellen 31 31 10 bis 31 53 33) in den Jahren 2022 bis 2026 angefallen sind/entstehen werden, zeigt die folgende Übersicht:

| **Parameter/Jahr** | **2022** | **2023** | **2024** | **2025** | **2026** |
|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | Prognose |
| Stellanteile gesamt **1)** | 2,7 | 2,72 | 2,82 | 3,7 | 3,72 |
| Brutto-Kosten der tatsächlich besetzten Stellen **1)** | 144.526, 22 | 164.405,04 | 174.677,90 | 213.402,23 | 259.671,00 |
| | | | | | |
| Zahl der betreuten Personen (Jahresschnitt) | 97 | 132 | 112 | 96 | 127 |
| Zahl der betreuten Unterkünfte | 10 | 10 | 10 | 11 | 14 |
| | | | | | |
| Gesamtkosten je betreute Unterkunft | 14.452,62 | 16.440,50 | 17.467,79 | 19.400,20 | 18.547,93 |
| Gesamtkosten je betreute Person | 1.489,96 | 1.245,49 | 1.559,62 | 2.222,94 | 2.044,35 |

1) Die Personalkostenentwicklung 2025 und 2026 ist durch die Tatsache beeinflusst, dass durch den gemeindlichen Bauhof weitere vier Unterkünfte herzurichten waren. Ab 2026 wirkt sich außerdem eine, letztlich kostenmindernde, Verlagerung von Gewerken von Fachunternehmen auf das Personal des eigenen Bauhofs aus (Zentrales Gebäudemanagement). Sofern Bauhofleistungen investive Gewerke betreffen, wird die dadurch erzielte Kapitalbildung dem Erfolgsplan durch Aktivierung von Eigenleistungen zum Ausgleich gutgebracht.

**Haushaltswirtschaft im Teilproduktbereich Asyl**

Folgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen im

Erfolgsplan

| Jahr | Saldo Leistungsverwaltung | Saldo Bewirtschaftung Unterkünfte | Gesamtergebnis |
|---|---|---|---|
| | | | |
| **2022** | 82.495,36 | 75.687,19 | **158.182,56** |
| **2023** | 103.354,72 | -296,96 | **103.057,76** |
| **2024** | -100.205,40 | -156.943,08 | **-257.148,48** |
| **2025** | -33.230,41 | -134.072,57 | **-167.302,98** |
| **2026** (Prognose) | 64.409,00 | -65.425,00 | **-1.016,00** |
| | | | |
| **Summe** | **116.823,27** | **-281.050,42** | **-164.227,15** |

Auf den ersten Blick überrascht bei dieser Auswertung die große Streubreite der Jahresergebnisse, die sich jedoch durch die zugrundeliegenden Fakten und mathematischen Gesetzmäßigkeiten leicht erklären lässt:

Die wichtigste Einflussgröße auf der Ertragsseite ist die Zahl der in den Unterkünften lebenden Asylbewerber und Flüchtlinge, die sich im Berichtszeitraum monatsdurchschnittlich wie folgt entwickelte:

| Jahr | Durchschnitt Bewohner*innen/Monat |
|---|---|
| | |
| **2022** | 32 |
| **2023** | 25 |
| **2024** | 22 |
| **2025** | 10 |
| **2026** (Prognose) | 53 |

Rasch wird deutlich, dass die Ertragsseite unmittelbar und wesentlich durch die Zahl der Asylbewerber, für die die Gemeinde Pauschalzuweisungen erhält und der anerkannten Flüchtlinge mit Wohnsitzauflage, die Unterkunftsgebühren zahlen, beeinflusst wird. Durch den vorübergehenden „Zuweisungsstopp" aufgrund der Notunterkunft in Marmagen (2023 bis 2025) ist diese Zahl zwangsläufig vorübergehend gesunken, ebenso also auch der Ertrag der genannten Art.
Gleichzeitig waren natürlich die Vorhaltekosten für die damals zehn (heute aktuell 15) Gemeinschaftsunterkünfte mit Blick auf die Wiederaufnahme der Zuweisungen ab Ende 2025 ebenso wie eine adäquate Personalausstattung unerlässlich.

In den Jahren 2024 und 2025 schlugen ferner unvermeidbare Sanierungsmaßnahmen (Heizungen, Teilabrisse maroder Bausubstanz in Tondorf und Zingsheim, Energiekostensteigerungen) zusätzlich zu Buche. Im Jahr 2026 wäre anhand dieser Parameter eigentlich ein weitergehend verbessertes Ergebnis zu erwarten gewesen, allein die explosionsartig gestiegenen Kosten für Energie beeinflussen die Entwicklung hier äußerst negativ und vereiteln einen positiveren Abschluss.

Die Entwicklung in den Folgejahren 2027 bis 2030 wird sehr maßgeblich davon abhängen,

- wie die Zuweisungsszenarien tatsächlich ablaufen werden und wie sich die Pauschalzuschüsse des Landes für Asylsuchende entwickeln werden,
- in welcher Unterkunftsform zu welchen Nettokaltkonditionen wie viele Bewohnerinnen und Bewohner untergebracht werden können/müssen
- wie sich die Betriebskosten (Mieten. Nebenkosten, Energie) entwickeln werden und
- welches zusätzliche Personal (ggf. auch ergänzendes externes) für die Bewältigung der zusätzlichen Bedarfe und Herausforderungen benötigt werden wird.

Sobald hierzu verlässliche Rahmenplanungsdaten vorliegen, kann mit dem Haushaltsentwurf 2027 ff. über eine entsprechende Gebührenbedarfsberechnung auch eine belastbare Aussage zu einem evtl. Gebührenanpassungsbedarf getroffen werden.

Investitionsplan

In den Jahren 2022 bis 2026 sind folgende Investitionen in Immobilienvermögen zur Schaffung weiterer Wohnplätze in Gemeinschaftsunterkünften geschaffen worden:

| **Investitionen Immobilien Asylbereich** | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Objekt** | **Plätze** | **2022 T€** | **2023 T€** | **2024 T€** | **2025 T€** | **2026 (Prognose) T€** |
| | | | | | | |
| Weidenstraße 14 | 8 | | | | | |
| Blankenmheimer Str. 1 | 14 | | | | | |
| Euskirchener Str. 26 | 10 | | | | | |
| Rosenthalstraße 11 | 4 | | | | | |
| **Erftstraße 38** (Heizung) | 12 | | | **12** | | |
| Euskirchener Str. 19 | 7 | | | | | |
| Euskirchener Str. 24 | 10 | | | | | |
| **Hornstraße 4** (Heizung) | 11 | | | **12** | | |
| Hilbergartenstraße 3 (aufgelöst in 2026) | 0 | | | | | |
| **Spielstraße 1** Kauf und Herrichtung) | 16 | | **328** | **39** | **304** | **5** |
| Nettersheimer Str. 2 | 6 | | | | | |
| **Bahnhofstraße 37** (Kauf und Herrichtung) | 6 | | **263** | | | |
| **Neustraße 2** (Kauf) | 4 | | | **142** | | |
| **Bahnhofstraße 20** | 6 | | | **10** | **126** | |

| **Investitionen Immobilien Asylbereich** | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Objekt** | **Plätze** | **2022 T€** | **2023 T€** | **2024 T€** | **2025 T€** | **2026 (Prognose) T€** |
| (Kauf und Herrichtung | | | | | | |
| **Blankenheimer Str. 17** (Kauf und Herrichtung) | 12 | | | | **145** | |
| **Urftstraße 10a** (Herrichtung) | 4 | | | | | **8** |
| Summe der Plätze: | 130 | | | | | |
| **Investition Immobilien jährlich** | | | **591** | **215** | **575** | **13** |
| **Investition Immobilien 2022 bis 2026** | | **1.394** | | | | |
| | | | | | | |
| **Finanzierung der Investitionen im Asylbereich** | | | | | | |
| **erhaltene Bundes- und Landeszuschüsse aus dem Sonderprogramm „Ukraine – Krieg"** | | **569** | | | | |
| **Kreditaufnahme** | | **825** | | | | |
| **Finanzierungssumme** | | **1.394** | | | | |

Bereits eingangs wurde beschrieben, dass – gemessen an den aktuellen Zuweisungsverpflichtungen - folgende Unterkunftsplätze fehlen würden:

| | |
|---|---|
| **Ende 2026** | 10 |
| **2027** | 60 |
| **2028** | 104 |
| **2029** | 138 |
| **2030** | 160 |

Die baldige Schaffung weiterer Unterkünfte ist daher unerlässlich. Dafür bieten sich grundsätzlich verschiedene Varianten an.

## Unterbringungskonzepte – Vom „Für" und „Wider" verschiedener Lösungsansätze

Verschiedene Unterbringungskonzepte haben in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht unterschiedliche Vor- und Nachteile, die hier kurz aufgezeigt werden sollen

| **Dezentrale, familiär organisierte Wohngruppen** (derzeit vorherrschende Wohnform) | |
|---|---|
| **Vorteile:** | **Nachteile:** |
| weniger Konfliktpotenzial (bei ausreichendem Platzangebot je Wohnplatz) | hoher Verwaltungs- und Betreuungsaufwand z. T. über weite Wege |
| gegenseitige Unterstützung (im Alltag und bei der Integration) | weite Wege mit dem ÖPNV für die Bewohner je nach Ortslage in Einzelfällen Integrationshemmnis |
| Mitwirkung bei Reinigung und Unterhaltung besser planbar und kontrollierbar | je Wohnplatz vergleichsweise hohe Betriebskosten (Aufwendiges „Controlling" des Nutzverhalten und schwierige Einflussnahme) |
| baurechtlich dauerhaft genehmigt | geeignete Wohnobjekte am Miet- oder Wohnungsmarkt in der Gemeinde kaum noch verfügbar oder bereit gestellt |
| Kapitalerhalt auch nach Wegfall des Nutzungszwecks als Gemeinschaftsunterkunft | derartige, geeignete Objekte sind am örtlichen Wohnungsmarkt kaum verfügbar |

| **große Sammelunterkünfte** | |
|---|---|
| **Vorteile:** | **Nachteile:** |
| Überschaubarer, zentralisierter Verwaltungs- und Betreuungsaufwand | aufgrund hoher Belegungszahl gesteigertes Konfliktpotenzial |
| in der Regel geringere Betriebskosten je Wohnplatz | je nach Größe Einsatz von Sicherheitsdienst oder mindestens Bereitschaftspersonal erforderlich |
| Reduzierung von Fahrtkosten durch zentralere Unterbringung | größere Anonymität begrenzt Bereitschaft zur gegenseitigen Unterstützung der Bewohner in Alltag und Integration |
| Kapitalerhalt auch nach Wegfall des Nutzungszwecks als Gemeinschaftsunterkunft | höhere baurechtliche und feuerschutzrechtliche Anforderungen |
| | ggf. Reinigungsdienst erforderlich |
| | geeignete, und mit vertretbarem Aufwand zu betreibende, Objekte im Gemeindegebiet derzeit nicht verfügbar |

| **Containersiedlungen** | |
|---|---|
| **Vorteile:** | **Nachteile:** |
| schnell und flexibel zu errichten | meist hohe bis sehr hohe Investitions- oder Mietkosten (bei Miete kein Kapitalerhalt nach Ende der Nutzungszeit) |
| Standardausstattung oft bei Kauf oder Miete inbegriffen | hoher Flächenverbrauch oder zumindest temporäre Flächenbindung |
| nach Beendigung des Bedarfs jederzeit flexibel zurückzubauen | hohe Kosten für die Herrichtung von Untergrund sowie Ver- und Entsorgungseinrichtungen |
| | aufgrund hoher Belegungszahl, „spartanischer" Ausstattung und räumlicher Enge gesteigertes Konfliktpotenzial |
| | je nach Größe Einsatz von Sicherheitsdienst erforderlich |
| | größere Anonymität begrenzt Bereitschaft zur gegenseitigen Unterstützung der Bewohner |
| | höhere baurechtliche und feuerschutzrechtliche Anforderungen |
| | je nach Dämmungszustand der Container baurechtlich maximal zulässige Betriebszeit 3 Jahre |

Sofern praktisch, personell und wirtschaftlich umsetzbar, empfiehlt sich eine (möglichst zielgruppenorientiert) abgewogene Kombination aus den beschriebenen Varianten.

**Anpassung ortsrechtlicher Regelungen**

Betreuung, Unterhaltung und Betrieb der Gemeinschaftsunterkünfte sind ortsrechtlich durch die Satzung über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung von Unterkünften für Asylbewerber/innen, Obdachlose, Spätaussiedler/innen und

sonstige berechtigte Personen vom 17. November 2017 geregelt, ebenso die von den anerkannten Flüchtlingen und von den obdachlosen Menschen zu entrichtenden Unterkunftsgebühren.

Aufgrund der weiter oben beschriebenen Verläufe im Erfolgsplan konnte seit der Inkraftsetzung der derzeit gültigen Satzung am 01.01.2018 eine Anpassung der Gebühren bislang vermieden werden.
Ob dies auch in den Jahren 2027 ff. möglich sein wird, wird maßgeblich davon abhängen, wie viele Asylsuchende und Flüchtlinge zugewiesen werden und in welchen Unterbringungsformen diese beherbergt werden können.
Eine zukunftsweisende Überprüfung der Angemessenheit der Gebühren wird, aufbauend auf dem vorläufigen Jahresrechnungsergebnis zum 31.12.2026, im Rahmen einer aktuellen Gebührenbedarfsberechnung mit dem Haushaltsplan 2027 ff. erfolgen und vorgelegt werden.

Ohnehin werden Satzung und Hausordnung derzeit zur notwendigen Anpassung an die aktuellen Entwicklungen überarbeitet, sodass – voraussichtlich in der ersten Sitzungsphase 2027 – eine umfassende Aktualisierung vorgeschlagen und vom Gemeinderat beschlossen werden kann.

**Fazit und Ausblick**

Betreuung, Unterbringung und Integration geflüchteter Menschen bleibt auch in Zukunft eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und Verantwortung.

Viele Fragen und Risiken bleiben offen:

Wie wird die weitere Entwicklung der Weltkrisen verlaufen (Ende 2025 waren 117,8 Mio. Menschen auf der Flucht, davon 82,5 Mio. aufgrund langanhaltender Krisensituationen in ihrer Heimat → Quelle: UNO Flüchtlingshilfe)?
)
Wie werden sich die politischen Rahmenbedingungen für Flucht, Migration, Asyl und Integration in den kommenden Jahren auf Ebene der Europäischen Union, der Bundesregierung und Landesregierung entwickeln?
Wie konsequent kann und wird die Rückführung von Straffälligen, Störern und „Sozialtouristen" vollzogen werden? Wird es der Bundesregierung gelingen, mit den Herkunftsländern verlässliche und dauerhafte Rücknahmeabkommen aufrechtzuerhalten bzw. neu abzuschließen?

Welche Chancen werden Flüchtlinge aufgrund ihrer persönlichen Integrationsbereitschaft und ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz künftig auf dem allgemeinen Wohnungs- und Arbeitsmarkt haben?

Neben allen ungeklärten Fragen und allen Besorgnissen für die Zukunft sollte dennoch nicht vergessen werden, dass ein gezieltes, koordiniertes und partnerschaftliches politisches und gesellschaftliches Handeln aller Ebenen bei der Betreuung und Integration zugewanderter Menschen auch große Chancen beinhaltet,

- dem demografischen Wandel entgegenzuwirken,
- dringend benötigte Auszubildende und Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt zu akquirieren,
- die sozialen Sicherungssysteme langfristig zu stärken,

- gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt zu beleben
- u.v.m.

Gleichwohl ist Wert auf eine gerechte Verteilung der damit in Zusammenhang stehenden, unvermeidbaren Lasten ebenso Wert zu legen wie auf eine Vermeidung von Überforderungssituationen einzelner Gemeinwesen.
Nur dann kann die vor uns liegende Aufgabe erfolgreich bewältigt werden.

gez. Crump

_____

Bürgermeister